

„Erst kommt das Land, dann die Partei“

Stuttgart 21: Der Ulmer OB Ivo Gönner rügt seine SPD für den Vorschlag eines Volksentscheids und warnt vor einem Scherbenhaufen

Nach dem Vorstoß der SPD für einen Volksentscheid über Stuttgart 21 sorgt sich der Ulmer Oberbürgermeister Ivo Gönner um den Zustand seiner Partei – aber auch um die parlamentarische Demokratie, wie er im Interview erklärt.

VON JÖRG HAMANN
UND JOSEF SCHUNDER

Herr Gönner, Ihre SPD will einen Volksentscheid über Stuttgart 21. Freuen Sie sich?
Das Ansinnen, in diesem großen Streit eine versöhnliche demokratische Lösung zu finden und alle Baden-Württemberger entscheiden zu lassen, ist ehrenhaft. Aber es gibt eine Baugenehmigung und Verträge zwischen sechs Partnern. Von daher halte ich die Idee nicht für einen Ausweg aus dieser verfahrenen Situation. Daher: ehrenhaft, aber untauglich.

Nicht nur der Zeitpunkt verwundert, auch der Inhalt. Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat 2009 einen Bürgerentscheid zu Stuttgart 21 für unmöglich erklärt.

In ein solches Verfahren kann man nicht beliebig ein- und aussteigen wie in einen Zug. Wir Unterstützer der ICE-Neubaustrecke Stuttgart-Ulm können nur immer wieder darauf hinweisen, dass man das Projekt seit Jahr und Tag diskutiert, dass man es von Gerichten prüfen ließ, dass Verträge geschlossen sind. Das ist per se allerdings langweilig. Da wird einem dann unterstellt, man sei beratungsresistent, bockbeinig oder arrogant, weil man auf neue oder vermeintlich neue Entwicklungen nicht mit der gebührenden Empathie einsteigt. Dadurch bekommt man immer die Schurkenrolle, obwohl das Projekt nicht im stillen Kämmerlein ausbalanciert wurde.

Wie wird in dieser Lage die SPD-Idee wirken?
Das Propagieren des Volksentscheids wird dazu führen, dass die SPD wahrgenommen wird als eine Partei, die zu einem einstmalig höchst sorgfältig entwickelten Standpunkt nicht mehr steht. Es könnte der Eindruck entstehen, dass man sehr wankelmütig ist, sehr flatterhaft. Und es könnte die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die SPD auch in anderen wichtigen Angelegenheiten nicht verlässlich ist. Wenn man zudem ganz lang erklären muss, was die Botschaft eines Vorschlags ist, hat man ein Problem.

Die Grünen sagten sofort, jetzt sei klar, das Projekt ist nicht mehr unumkehrbar.
Diese Schlussfolgerung ziehe ich so noch nicht. Das kommt auf das Ergebnis einer Volksabstimmung und die Verbindlichkeit

„Die Grünen wie Herr Wölfle sollten sich an ihre früheren Worte erinnern“

an. Sollte es aber tatsächlich zur Rückabwicklung kommen, ginge alles wieder von vorne los. Baden-Württemberg wird dann um 30 Jahre zurückgeworfen.

Nur wegen des Streits um den Stuttgarter Bahnhof?

Wir können nicht so tun, als könnte man nur die Strecke Stuttgart-Wendlingen infrage stellen und eine Alternative machen. Das funktioniert nicht. Es würde auch der Bau der Strecke Wendlingen-Ulm gestoppt. Der Grünen-Politiker Werner Wölfle aus Stuttgart und diverse Parteifreunde haben hier vor Monaten aber eindeutig gesagt, die Strecke Wendlingen-Ulm sei unumstritten, nur der Abschnitt Stuttgart-Wendlingen nicht. Oder genauer gesagt: der Stuttgarter Tiefbahnhof, denn auch der Flughafenanschluss sei notwendig. Die Grünen wie Herr Wölfle sollten sich an ihre früheren Worte erinnern. Durch die Volksabstimmung über Stuttgart 21 wäre auch die Strecke nach Ulm hochgradig gefährdet. Bei einem Nein wäre der Scherbenhaufen perfekt.

Würde dann nicht unvorstellbar viel Geld ver-

Zur Person

Ivo Gönner

- 1952 kommt er in Laupheim zur Welt.
- 1971 macht er Abitur am katholischen Internat St. Blasien.
- 1973 bis 1978 studiert er Jura in Heidelberg.
- Von 1981 bis 1992 ist Gönner selbstständiger Rechtsanwalt in Ulm.
- Von 1985 bis 1991 führt er die SPD-Fraktion im Ulmer Gemeinderat.
- 1991 wird er erstmals zum OB von Ulm gewählt, 1999 und 2007 im Amt bestätigt. Der CDU-Stadtverband schiebt 2007 mangels eines konkurrenzfähigen Rivalen niemand gegen Gönner ins Rennen. Damit folgten die Partei und die stärkste Gemeinderatsfraktion dem Willen der Stadtverbandsvorsitzenden Monika Stolz.
- Seit 2005 ist er Präsident des Städtetags Baden-Württemberg. Ende 2010 muss er das Amt turnusmäßig abgeben. (StN)



Ivo Gönner hält fest an dem anvisierten Ziel: Die ICE-Strecke von Stuttgart nach Ulm muss neu gebaut werden, fordert der Ulmer Oberbürgermeister

Foto: dpa

für andere Projekte im Land?

Das ist eine Illusion, die man nicht öffentlich verkünden darf. Die Stadt München und der Freistaat Bayern wollen prüfen lassen, ob der Anschluss des Flughafens an Kombingleise für den S-Bahn- und den Schienenfernverkehr machbar ist. Prognostiziert werden Kosten von 3,5 Milliarden Euro. Als ich das las, ist bei mir nicht nur eine Alarmlampe angegangen, sondern gleich eine komplette Warnanlage. Das riecht danach, dass in Bayern etwas vorbereitet wird und man wartet, dass in Baden-Württemberg etwas scheitert.

Muss man sich dann nicht ernsthaft Sorgen machen um den Zustand Ihrer Partei?

Das muss man, denn eine Oppositionspartei muss immer so gut sein, dass sie von heute auf morgen Regierungspartei sein kann. Das ist in einer parlamentarischen Demokratie doch eigentlich die Spielregel. Das Verhalten der SPD könnte aber eher als sprunghaft ausgelegt werden. Für mich hat es Züge einer panischen Reaktion – und panisches Verhalten ist in der Politik nie gut. Das macht nicht gerade den Eindruck einer Regierungsfähigkeit.

Das pensionierte Minister auf diese Idee kommen, nun gut. Aber wie konnte die aktuelle Landesspitze der SPD das zulassen? Das war doch die Angst vor den Umfragen.

Das ist richtig. Der Forsa-Umfrage habe übrigens auch ich entnommen, dass übers Land hinweg 51 Prozent dagegen sind und nur eine kleine Minderheit dafür ist. Ich registrierte aber auch, dass die Parteien, die für das Projekt sind, zusammen auf knapp 70 Prozent kommen, die anderen auf knapp 30. Deshalb wäre ich durch diese Umfrage nicht irritiert worden.

Warum also diese unprofessionelle Reaktion auf eine Umfrage, die auf dem Höhepunkt des Protestes gegen Stuttgart 21 bei hoch emotionalisierten Menschen gemacht wurde?

Nach so einer Umfrage muss man immer Szenarien des Handelns und der Reaktionen durchspielen. Dann zieht man Bilanz und entscheidet sich. Klar ist, dass es wegen der Proteste auch innerhalb der SPD jetzt Veränderungen gibt, nachdem es jahrelang weitgehend Konsens über Stuttgart 21 gab. Auch das muss man einbeziehen. Am Ende aber gilt der alte Satz: Erst kommt das Land, dann die Partei.

Halten Sie den Vorstoß dann wenigstens für geeignet, die Lage in der Partei zu befrieden? Eher werden sich jene vor den Kopf gestoßen fühlen, die bisher nach reiflicher Überlegung das Projekt unterstützten.

Fühlen Sie sich vor den Kopf gestoßen?
Ich bin so lang im Geschäft, da müsste man schon eine Dachlatte benützen, dass ich mich vor den Kopf gestoßen fühlen würde.

Wird der SPD das Taktieren nicht immer mehr zur Gewohnheit? Bräuchte sie nicht mehr Menschen, die klar Positionen setzen und durchhalten?
Ja und nein. Es gibt, wie auch Kollegen sa-

gen, die Tendenz, dass Entscheidungen von gewählten Kommunalparlamenten nur noch bedingt akzeptiert werden. Das ist zunächst noch gar nicht so schlimm. Nur sind manche der Meinung, dass gewählte Volksvertreter sich mal etwas überlegen sollten, dass man ihnen dann Haltungsnoten gibt und sagt, ob es geht. Das mag auch noch einen gewissen Charme haben, aber wenn den Volksvertretern die Legitimation abgesprochen wird, handelt es sich eher schon um eine Antiparlamentarismus-Bewegung. Und in diesem Zusammenhang spielt natürlich wechselhaftes Verhalten eine große Rolle.

Was ergibt sich aus dieser Entwicklung?

Vielleicht handelt es sich schon um ein erstes Indiz dafür, dass die Parteien nicht mehr die Parteien von einst sind. Im Grundgesetz steht, die Parteien wirken an der Willensbildung mit. Stattdessen machen sie oder ihre

„Es ist wichtig, dass die gewählten Kommunalpolitiker nicht herumlaufen wie die Axt im Walde“

Vordenker heute eher Vorschläge und ziehen sich zurück, wenn die Vorschläge nicht ankommen. Das ist so ein Testmodell. Dadurch wird sich die Funktion von Parteien sehr negativ verändern.

Ist das nicht besorgniserregend für die Gesellschaft, die in den letzten 60 Jahren nicht schlecht gefahren ist mit der repräsentativen Demokratie?

Es ist besorgniserregend. Es wird fast unmöglich, so große Projekte durchzusetzen.

Ist es in der Politik wie beim Fernsehen? Man schießt nur noch nach der Quote oder in dem Fall nach der Wahl? Man verzichtet auf das Gestalten, weil man Wählern nicht wehtun will?
So ist es. Dann ist die Wahl aber unbedeutend. Diejenigen, die im Moment versuchen, parlamentarische Vorgänge in Zweifel zu ziehen, müssen sich ja fragen, warum sie noch Parlamente wählen. Und diejenigen, die sich zur Wahl stellen, müssen sich fragen, was sie überhaupt noch zu entscheiden hätten.

Mögen Sie Bürgerentscheide generell nicht?

Ich halte es für richtig, dass es in einem lokal überschaubaren Rahmen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide geben kann. Ich plädiere nur immer dafür, dass dies zu einem frühen Zeitpunkt gemacht wird, nicht laufend Bürgerentscheide zu einem Thema mit wechselnden Ergebnissen veranstaltet werden. Da wir eine parlamentarische Demokratie auch auf kommunaler Ebene haben, ist es auch wichtig, dass die gewählten Kommunalpolitiker nicht herumlaufen wie die Axt im Walde, sondern unter Abwägung aller Gesichtspunkte Vorschläge machen und weiter dazu stehen, wenn es noch gute Gründe gibt. Wer das Ergebnis nicht mag, hat nach Ablauf der Amtsperiode die Möglichkeit, die Herrschaften abzuwählen. Das war bisher eigentlich Sitte und Gebrauch.

Und jetzt erkennen Sie ganz andere Sitten?

Jetzt kommt eine Bewegung auf, für die andere Gesichtspunkte zählen und die glaubt, das gelte mehr. Bei vielen Demonstrationen auch in Stuttgart höre ich mir die Wortwahl an, mit welcher Selbstverständlichkeit da gesagt wird, die anderen seien mafios, verbockt und verstockt, gegen das Volk gerichtet.

Manche Gegner von Stuttgart 21 hatten aber vielleicht nicht zu Unrecht den Eindruck, es würden geschönte Zahlen vorgelegt und nur widerwillig korrigiert. Stichwort „Lügenpack“. Hatten Sie auch je Zweifel am Projekt?
Nein, ich war mir aber auch immer im Klaren darüber, dass es eine Kostensteigerung oder Schwierigkeiten geben würde, je konkreter die Planung wird.

Jetzt prophezeien die Grünen und von ihnen zugezogene Gutachter Kosten von etwa 5,3 Milliarden Euro für die Strecke Wendlingen-Ulm. Die Bahn sprach zuletzt von 2,89 Milliarden. Ist auch für Sie die Schmerzgrenze überschritten? Gibt es einen Betrag, wo sie sagen, jetzt gilt es auszusteigen?

Nein, Kostensteigerungen kann es bei so einem Projekt einfach geben. Eine Obergrenze zu postulieren, würde ich für falsch halten. Nein, diese Strecke muss man realisieren. Man hätte vielleicht früher über Kostenpuffer nach oben reden müssen.

Der Publizist Hellmuth Karasek schrieb, es würden Milliarden verbuddelt, damit man ein paar Minuten früher in Ulm sei, aber wer wolle schon nach Ulm.

Als die schnelle Zugverbindung zwischen Mannheim und Stuttgart geschaffen wurde, sagte man auch: „Die paar Minuten!“ Entlang der Trasse standen ehrenhafte Demonstranten mit dem Transparent: „Wir brauchen keine Bonzenschleuder.“ Heute ist das für Arbeitnehmer, Pendler und Reisende eine vorteilhafte Sache, zeitlich wie auch von den zusätzlichen Anschlüssen her. Das ist ein großer wirtschaftlicher Vorteil. Wenn Pendler zwischen Stuttgart und Ulm durch die neue Verbindung beim Runter- und Rauffahren pro Tag eine Stunde gewinnen, ist das ein Zugewinn an Lebensqualität.

Oft wird der Vorwurf erhoben, der Nahverkehr werde wegen Stuttgart 21 ausgedünnt. Wie ist das in Ihrer Region?

Es wird in Stuttgart und bei uns eher einen Schub in Richtung Ausbau des Nah- und Regionalverkehrs zu den ICE-Haltestellen geben. Die Verbindung Stuttgart-Flughafen-Ulm ist Teil einer Magistralen, einer ICE-Strecken-Philosophie. Davon profitiert nicht nur Ulm/Neu-Ulm, sondern auch unsere ganze Region, weil wir ein regionales S-Bahn-System für sie vorbereiten. Außerdem wird der Ausbau der Südbahn Friedrichshafen-Ulm durch die Elektrifizierung bis 2016 durchgeführt. Das bedeutet, mit der Verknüpfung mit dem ICE-Haltestellen gewinnt der regionale Verkehr. Und so sehe ich unter anderen auch den Raum Tübingen/Reutlingen als Gewinner des Projekts.

Warum begreifen viele Stuttgarter die Vorgänge des Projekts nicht, die Ulmer aber schon?

Vielleicht ist es eine Mentalitätsfrage. Die Ulmer haben ein Münster gebaut, in das 20 000 Gläubige passen. Damals hatte ihre Stadt gerade mal 10 000 Einwohner. Die Bauzeit betrug 111 Jahre, dann machte man eine Pause. Erst 1890 wurde der Turm gebaut. Heute würde jeder sagen, ein solches Milliardengrab darf man nicht bauen. Vielleicht sind wir als ehemalige Reichsstädter einfach etwas anders gestrickt. Doch zugegeben, das ist jetzt schwäbische Tiefenpsychologie.

Nun sind Sie in Ihrer Partei in einer etwas unkommoden Situation. Noch unangenehmer ist die Lage Ihres Amtskollegen Wolfgang Schuster in Stuttgart. Haben Sie Mitleid?

Mitleid wäre falsch. Aber ich kann mitleiden, weil ich mitfühlen kann, wie er sich fühlt. Er ist ja nun kein Eisenbeißer, der herumläuft und mit brachialer Gewalt sein Projekt machen will. Er hat es aber organisch mitentwickelt. Er tritt nicht wie eine Dame ohne Unterleib auf und sucht sein Privatvergnügen. Der Eindruck wird aber erweckt. Tatsächlich hat der Gemeinderat stets mit großen Mehrheiten Beschlüsse gefasst, die Schuster nach außen mit Überzeu-

„Ich erteile Kollegen keine Ratschläge, die eigentlich als Schläge gedacht sind“

gung vertritt, weil er die Auffassung auch teilt. Für ungewöhnlich halte ich eher, was Boris Palmer aus Tübingen tut: dass ein Kollege dem anderen in innerstädtischen Angelegenheiten Ratschläge gibt.

Was heißt ungewöhnlich?

So etwas ist eben nicht üblich. Bei mir als Städtetagspräsident im Land wurde auch immer wieder angefragt, ob ich Kollegen Mores geben kann bei Streitfragen. Ich lehnte es immer ab, von außen in die Angelegenheiten in einer anderen Stadt hineinzureden oder wohlfeile Ratschläge zu geben. Ich gebe keine Haltungsnoten. Ich erteile Kollegen auch keine Ratschläge, die eigentlich als Schläge gedacht sind.

Versuchen wir doch mal, einen echten Ratschlag für Schuster zu bekommen. Würden Sie an seiner Stelle zu einer der montäglichen Demonstrationen gehen?
Ich weiß, er überlegt sich das. Ich kann ihn in dieser Überlegung nur bestärken.

Würden Sie vom Stuttgarter Hauptbahnhof sogar als OB von Ulm sprechen, wenn Sie eingeladen wären?

Aber ja, weil ich es für richtig hielte, meine Sicht, die des Gemeinderats oder unserer Region zu vertreten. Zur Not würde ich ein paar Anläufe machen. Wenn ich einige Minuten sprechen könnte und in der hintersten Reihe verstanden würde, wäre es gut. Wenn der Lärmpegel groß wäre oder ich ein Ei an den Kopf bekäme, würde ich nicht Anzeige wegen Körperverletzung erstatten, sondern halt wieder mit dem ICE heimfahren.